

cher Vorteile offizielle Statistiken verzerren.

In einer kürzlich durchgeführten Prüfung der Statistiken von 100 Staatsunternehmen musste festgestellt werden, dass 89 der Unternehmen falsche Angaben über ihre Gewinne und Verluste gemacht hatten.

Li Qiang, Direktor der Abteilung für statistisches Design und Management, wies darauf hin, dass viele Lokalregierungen die Wachstumsrate der lokalen Wirtschaft gegenüber dem Zentralen Statistikamt als zu hoch ausgewiesen haben. Er räumte allerdings ein, dass die lokalen Angaben zum BIP korrekt seien. (SCMP, 12.1.2000)

Auf dem o.g. Treffen der lokalen Statistikämter wurde der Aufbau eines nationalen Statistiksystems per Internet innerhalb der kommenden zwei Jahre angekündigt, um die Transparenz der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verstärken und den internationalen Austausch im Statistikbereich zu erleichtern. Das geplante System wird rd. 400 Mio. Yuan kosten und soll später auch Daten auf Kreisebene präsentieren. (XNA, 11.1.2000)

Über die ungewöhnlichen Praktiken der Lokalregierungen, Statistiken zu erstellen, berichtet auch die *Renmin Ribao* am 15.12.99. So sollen einige Dörfer und Kleinstädte eines Stadtbezirkes die monatlichen Statistikberichte bereits vorproduziert haben. Eines der Dörfer habe sogar Statistiken über nicht existierende Industrien vorgelegt. Auch seien Frauen, die des Schreibens und Lesens nicht mächtig sind, als alphabetisiert in die Statistik aufgenommen worden. Falsche Angaben wurden ebenfalls hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung auf lokaler Ebene gemacht. Die Weiterleitung falscher Statistiken geschehe der Zeitung zufolge vor allem durch Beamte, die Karriere machen wollen. (SWB FE/D 3737/CNS, 14.1.2000) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 33 Offizielle Umbenennung der Xinhua-Vertretung in „Verbindungsbüro“

Ende Dezember 1999 beschloss der Staatsrat, die Hongkonger Vertretung der Chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in „Verbindungsbüro der Zentralregierung in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong“ (chin. *lianhuo bangongshi*, engl. *Liaison Office*) umzubenennen. Analog wurde in Macau verfahren (vgl. Übersicht unten). Die neue Regelung trat zum 18. Januar in Kraft.

Der Schritt wurde damit begründet, dass im In- und Ausland über die Funktionen dieses Organs seit langer Zeit Verwirrung bestehe, die nunmehr beseitigt werden solle. Seit ihrer Gründung im Jahr 1947 hatte die Hongkonger Xinhua-Vertretung als informeller Vorposten der VR China in Hongkong gedient, die nicht nur ihre eigenen Presseorgane vertrieb, sondern darüberhinaus in enger Zusammenarbeit mit dem Beijing-er Staatsrats-Büro für Angelegenheiten Hongkong und Macaus politische Kontakte zur britischen Kolonialverwaltung, zu lokalen Zellen der KPCh und anderen Beijing-nahen Organisationen in Hongkong pflegte. Seit Mitte der achtziger Jahre verstärkte die Xinhua-Vertretung im Hinblick auf die bevorstehende Rückgabe der Kolonie an die VR China ihre so genannten „Einheitsfront“-Aktivitäten, die auf eine informelle Kooptation der lokalen Medien- und Geschäftswelt abzielten. Mit der Übergabe Hongkongs im Sommer 1997 wurde das Xinhua-Agenturbüro offiziell als Vertretungsorgan der Beijing-er Zentralregierung autorisiert (*Ming Pao*, 10.1.2000, nach SWB, 13.1.2000; XNA, 18.1.2000; SCMP, 10., 21.1.2000; vgl. auch Cheng, Joseph Y.S., „Prospects for Democracy in Hong Kong After the Beijing Massacre“, in: *Australian Journal of Asian Affairs*, No. 23 (Januar 1990).

Während die journalistischen Aufgaben der Xinhua-Agentur in Gestalt

eines eigenen „Xinhua-Büros in der SVR Hongkong“ separat fortgesetzt werden sollen (analog in Macau), wurde der Funktionsbereich des „Verbindungsbüros der Zentralregierung in der SVR Hongkong“ in der Nachfolge der Xinhua-Vertretung wie folgt umschrieben:

- Kontakt zu den beiden anderen lokalen Vertretungsorganen der VR China, nämlich dem Sonderbevollmächtigten des chinesischen Außenministeriums für die SVR Hongkong und den Garnisonstruppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee in Hongkong;
- Kontakt zu Unternehmen der VR China mit Niederlassungen in Hongkong und Hilfestellung für die für diese Unternehmen zuständigen Beijing-er Regierungsbehörden;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Hongkong und dem Festland in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport sowie des Austausches zwischen „Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen“;
- Zuständigkeit für auf Taiwan bezogene Angelegenheiten;
- Zuständigkeit für sonstige Aufgaben der Beijing-er Zentralregierung (XNA, 18.1.2000).

Von offizieller Seite wurde betont, dass die Umbenennung keinen Funktionswandel und damit auch keinerlei politische Signifikanz berge. Dies wird durch die personelle Kontinuität bestätigt: Leiter bleibt der seit der Übergabe Hongkongs im Amt befindliche bisherige Direktor des Xinhua-Büros und ehemaliger Stellvertreter der Außenminister Chinas, Jiang Enzhu (geb. 1938) (XNA, 18.1.2000; *Ming Pao*, 10.1.2000, nach SWB, 13.1.2000; SCMP, 21.1.2000).

Entgegen diesen Beteuerungen funktionaler Kontinuität befürchten demokratische Kräfte in Hongkong, dass es sich bei diesem Schritt um einen Versuch der VR China handeln könnte, den informellen Kontrollzugriff Beijings auf die Hongkonger Regierung

weiter auszubauen (SCMP, 13., 14., 24.1.2000). Andere Beobachter dagegen sehen in dem Schritt das Eingeständnis eines faktischen Bedeutungsverlusts des betreffenden Organs gegenüber anderen „Verbindungsstellen“ der Zentralregierung, nachdem sich die „Untergrund“-Liaisonarbeit mit der Rückgabe Hongkongs an die VR China weitgehend erübrigt habe. In diesem Sinne soll laut einigen Meldungen die Umbenennung des Organs mit einer Verkleinerung seines Mitarbeiterstabs und einer Herabstufung seiner Leitung vom bisherigen Minister- zum Vizeminister-rang innerhalb der Hierarchie des chinesischen Staatsapparats einhergehen (SCMP, 16., 21.1.2000; vgl. auch FAZ, 18.1.2000). Generell dürfte in der „bürokratischen Ökologie“ Chinas die Tatsache, dass eine bisher im „Schatten“ wirkende Institution ans Licht offizieller Zuständigkeiten gehoben wird, eher für die letztere Deutung eines tendenziellen Bedeutungsverlusts sprechen.

Eine konkrete Verschiebung innerhalb des Aufgabenspektrums des Organs lässt sich allerdings an einer Meldung von Anfang Januar festmachen, wonach neben den bisher bestehenden fünf Stellvertretenden Direktoren des Xinhua-Büros ein sechster Stellvertretender Direktor ernannt worden ist. Es handelt sich um einen gewissen Zheng Kunsheng, der bisher als Mitglied der Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees der KPCh, dem zentralen Organ der KPCh im Bereich der Korruptionsbekämpfung, tätig war. Diese Neubesetzung hat Beobachtern Anlass zu der Vermutung gegeben, dass die Beijinger Zentralregierung in Zukunft verstärktes Gewicht auf die Bekämpfung von Korruption in chinesischen Unternehmen mit Niederlassung in Hongkong legen wird (SCMP, 7.1.2000; XNA, 18.1.2000). Vor dem Hintergrund von Nachrichten über Schlepperaktivitäten, Schmuggel und anderen Formen von Wirtschaftskriminalität in Südchina, die sich in letzter Zeit gehäuft haben (SCMP, 31.1.2000; vgl. auch Übersicht oben zu Innenpolitik Chinas), erscheint diese Vermutung durchaus plausibel. Mit ihrer traditionell engen Verbindung zur chinesischen Geschäftswelt in Hongkong erscheint die bisherige Xinhua-

Vertretung bzw. das neue „Verbindungsbüro“ für den Einsatz verstärkter Kontrollmaßnahmen in diesem Bereich prädestiniert. -hol-

### 34 Wiederaufleben der Debatte über Demokratisierung des politischen Systems

Die Debatte über eine Demokratisierung der politischen Strukturen in Hongkong, wie sie bereits im Vorfeld der Rückgabe der britischen Kronkolonie an die VR China und insbesondere im Kontext der ersten Wahlen zum Legislativrat im Jahr 1998 geführt worden war, erfuhr im Januar eine erneute Belebung.

Hintergrund dieses Diskussionsgegenstandes sind Bestimmungen des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*), die einerseits ein von der Exekutive dominiertes politisches System festschreiben, andererseits aber als Zielrichtung eine schrittweise Demokratisierung im Bereich der Legislative und der Exekutive in Aussicht stellen. So wird nach einer abgestuften Ausweitung von Direktwahlen für die ersten drei Wahlen des Legislativrats (1998, 2000, 2004) ab dem Jahr 2008 die Möglichkeit einer allgemeinen Volkswahl für alle Mandate dieses Organs eingeräumt (Art. 68, Annex II des *Basic Law*). Auch ist die Möglichkeit vorgesehen, das Verfahren für die Wahl des Hongkonger Regierungschefs (*Chief Executive*), der bisher von einem 800-köpfigen Wahlausschuss bestimmt wird, ab dem Jahr 2007 zu demokratisieren (Art. 45, Annex I des *Basic Law*) (vgl. C.a., 1998/5, S.527-532).

Bislang hatten in erster Linie nur Stimmen aus dem Lager der Beijing-kritischen Hongkonger Parteien gefordert, angesichts der Defizienzen der teildemokratischen Strukturen das Tempo der Demokratisierung zu erhöhen und bereits vor 2007 bzw. 2008 ein allgemeines Volkswahlverfahren für die Wahl des Regierungschefs bzw. des Legislativrats einzuführen (vgl. ebd.). Die jüngste Debatte zeichnet sich demgegenüber dadurch aus, dass mehrere Stimmen auch aus dem Lager Beijing-freundlicher Parteien sowie aus der Exekutive das Wort für eine frühzeitige Inangriffnah-

me weiterer Demokratisierungsschritte ergriffen haben.

Ausgelöst wurde die aktuelle Debatte durch verschiedene politische Ereignisse um den Jahreswechsel, die als akuter Ausdruck grundlegender Schwächen des bestehenden politischen Systems gewertet wurden. So wurde im Dezember gemeldet, dass zwei hohe Vertreter aus dem Staatsdienst (*Civil Service*) angekündigt hätten, ihre Ämter zugunsten lukrativer Tätigkeiten in der Wirtschaft aufzugeben. Kwong Ki-chi, Sekretär (*Secretary* mit ministeriellen Kompetenzen nach angelsächsischem Vorbild des *Secretary of State*) für Informationstechnologie und Rundfunk, wird innerhalb der kommenden Monate voraussichtlich an die Hongkonger Börse, Rafael Hui Si-yan, Staatssekretär für Finanzdienstleistungen, zur Mandatory Provident Fund Authority überwechseln (SCMP, 11.12.1999, 5.1.2000).

Das angekündigte Ausscheiden dieser beiden Staatsbediensteten wurde in den Hongkonger Medien als „psychologischer Schlag“ und als Folge einer wachsenden „Frustration“ interpretiert, die in den lokalen Verwaltungsbehörden um sich greife und die seit Jahren beschworene Gefahr eines Exodus talentierter Verwaltungskräfte verstärke. Ursache dieser Frustration, so wurde argumentiert, sei der mangelnde Rückhalt der Exekutive in den politischen Parteien und die daraus resultierende geringe Durchsetzungsfähigkeit der Exekutive gegenüber der Legislative. Der populistische Widerstand unter demokratisch gewählten Mitgliedern des Legislativrats zwingt die Mitglieder der Verwaltungsbehörden in die Rolle von Lobbyisten, die notorisch dafür sorgen müssten, Pattstellungen im Legislativrat durch die diskrete Beeinflussung einzelner Personen zu beseitigen, um administrative Entscheidungen durchsetzen zu können. Dies führe zu einer endemischen Lähmung der täglichen Verwaltungsarbeit und einer hochgradigen Ineffizienz der politischen Entscheidungsprozesse. Zugleich sähen sich die Staatsbediensteten wachsenden öffentlichen Vorwürfen einer mangelnden demokratischen Legitimation ihrer Entscheidungen ausgesetzt, was ihre Frustration noch erhöhe (SCMP, 3., 11., 14.1.2000).

Konkreter Anlass der Debatte war ferner der äußerst schwierige Verlauf der Abstimmung zur Abschaffung der Hongkonger Gemeinderäte (*Municipal Councils*). Die Auflösung dieser größtenteils demokratisch gewählten, aber wegen der Marginalität ihrer Tätigkeiten zunehmend in Frage gestellten Organe war innerhalb der Exekutive bereits seit längerem beschlossen worden, stieß jedoch auf heftigen Widerstand insbesondere der demokratischen Vertreter des Legislativrats (vgl. C.a. 1999/11, Ü 27). Die äußerst knappe Durchsetzung der Regierungsposition im Legislativrat wurde nach einem unerwarteten Seitenwechsel der Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) nur durch das taktische Fernbleiben eines einzelnen DAB-Vertreters in einem zentralen Abstimmungsgang erreicht, der damit offensichtlich auf politischen Druck von Regierungsvertretern reagierte. Nur mit knapper Mehrheit konnte so die Abschaffung der Gemeinderäte zum 31. Januar 2000 durchgesetzt werden (SCMP, 3., 6.12.1999; AWSJ, 3.12.1999). Ihre Aufgaben im Bereich der Unterhaltung und Kultur sowie im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit, Umwelt und Gesundheit werden von entsprechenden Gremien innerhalb des Regierungsapparats übernommen (SCMP, 29.12.1999). Eine Eingabe der Demokratischen Partei um Revision des Beschlusses wurde vom zuständigen Gericht abschlägig beschieden (SCMP, 24.12.1999).

In den Augen kritischer Beobachter bestätigte die kontroverse Abstimmung und insbesondere der „U-turn“ der DAB die mangelnde Glaubwürdigkeit der demokratisch gewählten Mitglieder der Legislative ebenso wie die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Exekutive. Damit brachte dieses Ereignis das Grunddilemma der politischen Strukturen Hongkongs auf den Punkt, das ein Kommentator folgendermaßen zusammenfasste: „The situation now is legislators have votes but not power and the Government has the power but not votes.“ (SCMP, 13.1.2000).

Nachdem bereits im Dezember von Seiten des Sekretärs für Verfassungsangelegenheiten und anderer Vertreter der Exekutive die Bereitschaft der Regierung signalisiert worden war, über

Möglichkeiten einer Reform des politischen Systems in Hongkong nachzudenken, setzten sich Vertreter gleich mehrerer politischer Parteien für eine frühzeitige Überprüfung des politischen Systems - also deutlich vor dem Jahr 2007 - ein. Erwartungsgemäß taten sich im Beijing-kritischen Lager Vertreter der Demokratischen Partei und der Partei „The Frontier“ (*Qianxian*) mit Vorschlägen für eine schnellere Demokratisierung hervor. Aber auch aus dem Beijing-freundlichen Lager der Liberalen Partei und der DAB wurden Stimmen für politische Reformen laut (Radio TV Hong Kong, 4.1.2000, nach SWB, 6.1.2000; SCMP, 3., 8., 12., 14., 16.1.2000).

Bemerkenswert erscheint insbesondere der Einsatz des DAB-Vorsitzenden Tsang Yok-sing für die Einführung eines ministeriellen Systems in Hongkong, in dem der Regierungschef und sein Kabinett sich aus der (den) im Legislativrat am stärksten vertretenen politischen Partei(en) rekrutieren sollten. Anstelle der bisherigen Praxis einer Benennung der *Secretaries* aus den Reihen der Exekutive wäre ein solches ministerielles System geeignet, ein Verbindungsglied zwischen der Tagespolitik der öffentlichen Verwaltung und den politischen Mehrheitsverhältnissen im Legislativrat zu schaffen. Tsang Yok-sing selbst sieht den Vorteil eines ministeriellen Systems in erster Linie in einem stärkeren Rückhalt exekutiver Entscheidungen im Legislativrat und damit in der Lösung des Problems mangelnder Durchsetzungsfähigkeit und wachsender Frustration im *Civil Service* (SCMP, 3., 7., 8.1.2000).

Zugleich wird damit aber aus den Reihen einer Beijing-loyalen Partei ein in demokratischen Kreisen bereits auf breiterer Ebene diskutierter Vorschlag aufgenommen, der den Übergang von dem bestehenden teildemokratischen System hin zu einem System parlamentarischer Demokratie mit einer substanziellen politischen Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber der Legislative ins Visier nimmt. Die Einführung eines ministeriellen Systems, die eine allgemeine demokratische Wahl des Legislativrats und der Regierung implizieren würde, könnte das Grunddilemma der gegenwärtigen politischen Strukturen lösen: Effizienz und demokrati-

sche Legitimation der Exekutive würden ebenso verbessert wie die parlamentarische Gestaltungs- und Kontrollfunktion des Legislativrats.

Diese mit Idealtypen parlamentarischer Demokratie hantierende Debatte in Hongkong erscheint in ihrer realpolitischen Relevanz allerdings beschränkt. So argumentierten der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa wie auch offizielle Stimmen aus Beijing, dass das im Grundgesetz festgeschriebene von der Exekutive dominierte („executive-led“) politische System im Rahmen des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ seinen Zweck vorerst sehr gut erfülle. An eine Modifikation vor dem Jahr 2007, erst recht an die Einführung eines ministeriellen Systems, sei daher nicht zu denken (SCMP, 8., 12., 14.1.2000; XNA, 15.1.2000).

Ohne eine entsprechende Verhandlungsbereitschaft Beijings aber erscheint die Aussicht auf tieferegreifende Veränderungen des politischen Systems gering. Auch nach den formaljuristischen Bestimmungen des Hongkonger Grundgesetzes gilt, dass die Entscheidung über das politische System der SVR nicht den Hongkongern selbst obliegt, sondern in zentralen Fragen der Zustimmung der Beijinger Zentralregierung bedarf. So ist zwar vorgesehen, dass die Einführung allgemeiner Volkswahlen für den Legislativrat ab dem Jahr 2008 allein auf der Grundlage entsprechender Mehrheiten in der Legislative und der Zustimmung des Regierungschefs zu Stande kommen kann; der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses der VR China sei davon nur in Kenntnis zu setzen (Annex II des *Basic Law*). Hinsichtlich der Einführung demokratischer Wahlen für die Bestimmung des Regierungschefs ab dem Jahr 2007 hingegen regelt das Grundgesetz, dass eine entsprechende Entscheidung dem Ständigen Ausschuss des NVK „zur Zustimmung“ vorzulegen sei (Annex I des *Basic Law*). In einer Schlüsselfrage der weiteren Ausgestaltung des politischen Systems Hongkongs wird Beijing damit ein substantielles Vetorecht eingeräumt (vgl. SCMP, 5.1.2000). -hol-

### 35 Streit um Aufenthaltsrecht

Im Streit um die Gewährung des permanenten Aufenthaltsrechts für Festländer verhärten sich die Fronten. Während die Hongkonger Regierung eine zunehmend restriktive Haltung an den Tag legt und sich darin der Zustimmung der Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung sicher sein kann, kritisieren insbesondere Juristen, aber auch Menschenrechtsaktivisten die durch Beijing vorgegebene enge Auslegung der Einwanderungsparagrafen im Basic Law. Da die Regierung eine Einwanderungsflut vom Festland befürchtet, ergreift sie restriktive Maßnahmen zur Abschreckung. So werden Festländer, die ihr Touristenvisum überzogen haben, ins Gefängnis gesteckt, bis ihr Fall entschieden ist. Gegen diese Behandlung haben Anfang Januar 30 von gut 40 Betroffenen im Gefängnis einen Hungerstreik eingelegt. Sie wurden von anderen Festländern, die sich den Status von Hongkonger Bürgern erkämpfen wollen, sowie von Menschenrechtsaktivisten unterstützt (RTHK Radio 3, 3. u. 9.1.2000, nach SWB, 5. u. 11.1.2000). Juristen plädieren dafür, Leute, die vor Gericht klagen, bis zur gerichtlichen Entscheidung freizulassen, doch die Regierung verteidigt ihr Vorgehen (ebd., 17.1.2000, nach SWB, 19.1.2000).

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Behörden und Juristen gab es auch hinsichtlich der Frage, ob Festländern, die rechtliche Schritte gegen eine Ausweisung unternehmen wollen, generell unentgeltlicher Rechtsbeistand zu gewähren sei. Die Abteilung für Rechtsbeistand hatte den Betroffenen zunächst freien Rechtsbeistand verweigert. Hinzu kam, dass sie Klägern, die einen Anwalt eigener Wahl eingeschaltet hatten, das Recht absprach, sich einen Verteidiger eigener Wahl zu nehmen. Stattdessen soll sie Pflichtverteidiger eingesetzt haben (SCMP, 7. u. 8.1.2000). Dank der Intervention namhafter Verteidiger, die sich einiger Fälle ohne Honorar angenommen haben, musste die Regierung einlenken. Sie sicherte Mitte Januar allen Klägern kostenlosen Rechtsbeistand zu (vgl. SCMP, 12. u. 15.1.2000).

Derzeit wehren sich etwa 5.500 Festländer gegen ihre Ausweisung aus

Hongkong. Nach Auffassung der Regierung könnten lediglich rund 340 von ihnen permanentes Aufenthaltsrecht erhalten, weil sie die erforderlichen Kriterien erfüllen. Die Regierung möchte die Fälle so schnell wie möglich erledigen, indem sie mit der Überprüfung und der Ausweisung der nicht zum Bleiben Berechtigten beginnt. Sie betonte jedoch, dass sie niemanden ohne rechtliche Grundlage ausweisen werde (RTHK Radio 3, 19.1.2000, nach SWB, 20.1.2000). Mit den gut 5.000 übrigen Fällen soll so verfahren werden, dass sie in verschiedene Kategorien eingeteilt werden, für die dann Musterprozesse geführt werden (ebd., 14.1.2000, nach SWB, 15.1.2000).

Ein großer Teil der Festländer ist erst in den letzten Monaten nach Hongkong gekommen, d.h. nach dem 26. Juni 1999, dem Zeitpunkt der Auslegung durch den Ständigen Ausschuss des NVK in Beijing. Nach Auffassung der Regierung können diese Leute kein Bleiberecht beanspruchen, sondern müssen die üblichen Anträge in ihren festländischen Heimatorten stellen. Es ist hauptsächlich diese Gruppe von Leuten, die die Ausweisung zu gewärtigen hat. Gerade bei dieser Gruppe will man Strenge walten lassen, damit keine Nachahmungseffekte entstehen. -st-

### 36 Schulgeld an öffentlichen Schulen?

Bei der gegenwärtigen Diskussion um die Schulreform geht es u.a. auch um die Frage, ob öffentlich finanzierte Schulen Schulgeld nehmen können, um mehr Lehrer einstellen zu können, d.h. um das Lehrer-Schüler-Verhältnis günstiger zu gestalten. Derzeit sind in Hongkong die Pflichtschuljahre, d.h. die neun Schuljahre von der ersten Grundschulklasse (Primary One) bis zum Abschluss der dritten Sekundarschulklasse (Form Three) schulgeldfrei, sofern sie nicht auf einer Privatschule absolviert werden. Auf der Sekundarstufe II (Form Four bis Form Seven) muss ein geringes Schulgeld gezahlt werden. An öffentlichen Schulen darf lediglich ein kleinerer Betrag für zusätzliche Aktivitäten außerhalb des Unterrichts erhoben werden (200 HKD auf den Grund- und 300 HKD auf den Sekundarschulen). Die Bil-

dungsbehörde spricht sich generell gegen jegliche Form von Schulgeld aus, indem sie darauf verweist, dass es verboten sei, Schulgeld für den regulären Unterricht zu nehmen. Demgegenüber gibt es jedoch Stimmen, die dieses Verbot angesichts mangelnder öffentlicher Mittel aufheben wollen. Um den Kindern eine bessere Bildung zu ermöglichen, so wird argumentiert, würden viele Eltern sicher gern mehr für die Schulbildung ihrer Kinder zahlen. (SCMP, 13.1.2000)

In vielen Schulklassen ist die Schülerzahl übermäßig hoch. Dies ist jedoch nicht nur eine Frage fehlender Lehrer, sondern auch fehlender Klassenräume. -st-

### 37 Rückgang der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Wachstumsaussichten

Im 4. Quartal 1999 ist Hongkongs Arbeitslosenquote leicht zurückgegangen. Unter Berücksichtigung saisonaler Schwankungen veränderte sich die Quote von 6,1% im 3. Quartal auf 6% im 4. Quartal 1999. Die Anzahl der Arbeitslosen ging von 225.700 im November auf 220.000 im Dezember zurück. Die Erholung des Arbeitsmarktes fiel weit hinter die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 4,5% im 3. Quartal zurück. (IHT, 18.1.2000)

Die Deflationsentwicklung ist in den letzten Monaten etwas abgeflacht. Die Konsumgüterpreise verzeichneten im 13. Monat hintereinander eine negative Wachstumsrate. Allerdings sanken die Verbraucherpreise nur noch um 4% im Dezember, während die Verbrauchspreise im November um 4,2% gefallen waren. Es wird damit gerechnet, dass die Deflation weiter zurückgehen und ab Mitte des Jahres wieder Preissteigerungen auftreten werden. (AWSJ, 24.1.2000)

Nach vorläufigen Schätzungen verzeichnete das Wirtschaftswachstum 1999 eine Zuwachsrate von 2%. Die Hongkong & Shanghai Banking Corporation erwartet für das Jahr 2000 ein Wachstum von 4,7%. Als Gründe hierfür gelten die belebenden Folgen des WTO-Beitritts Chinas sowie die Zunahme der Auslandsinvestitionen in China, die sich auch

konjunkturstimulierend für Hongkong auswirkten. (FAZ, 24.1.0000) -schü-

---

## SVR Macau

---

### 38 Verbindungsbüro der Zentralregierung eröffnet

Die Zweigstelle der Nachrichtenagentur Xinhua in Macau wurde - wie auch die in Hongkong (s. dazu die Hongkong-Übersichten in diesem Heft) - umbenannt. Der Beschluss dazu wurde auf der 24. Ständigen Konferenz des Staatsrats am 28. Dezember letzten Jahres gefasst. Der neue Name lautet „Verbindungsbüro der Zentralen Volksregierung in der Sonderverwaltungsregion Macau“ (*zhongyang renmin zhengfu zhu Aomen tebie xingzhengqu lianluo bangongshi*). Direktor des neuen Büros ist Wang Qiren, der seit Mai 1995 die jetzt umbenannte Xinhua-Zweigstelle in Macau geleitet hat. Wang ist Kandidat des XV. ZK der KPCh. Seine vier Stellvertreter sind Ke Xiaogang, Li Shuilin, Wang Jinxiang und Zhong Guangyao. Die Xinhua-Zweigstelle in Macau war im September 1987 eröffnet worden und hatte die Funktion eines von der Zentralregierung in Beijing entsandten Arbeitsorgans. Am 18. Januar fand in Anwesenheit des Regierungschefs der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM), Edmund Ho Hau Wah, die Enthüllung des neuen Schildes am Eingang des alten Xinhua-Gebäudes statt. (RMRB, 19.1.00; XNA, 18./19.1.00; FAZ, 18.1.00)

In einem Interview mit der *Volkszeitung* nach der Einweihungszeremonie nannte Wang Qiren vier Aufgabenbereiche für sein neues Büro.

- Es muss den Kurs „Ein Land, zwei Systeme“ verfolgen und die SVR-Regierung unterstützen, ihre Amtsgeschäfte gemäß dem Grundgesetz auszuüben. Zu diesem Zweck muss es die Würde staatlicher Souveränität und die territoriale Integrität schützen, gleichzeitig aber auch daran festhalten, dass das bisherige kapitalistische System und die bestehenden Lebensformen nicht geän-

dert werden. Es muss sowohl seine Amtspflichten erfüllen und mit der SVR-Regierung die notwendigen Beziehungen und Verknüpfungen unterhalten als auch erreichen, dass keine Einmischung in Angelegenheiten innerhalb des Autonomie-Rahmens erfolgt.

- Es soll nach Kräften der stabilen Entwicklung Macaus, der Bevölkerung Macaus und der Modernisierung auf dem Festland dienen. Diese Tätigkeiten - Dienstleistung und Zusammenführung - sind eine wichtige Obliegenheit des Verbindungsbüros der Zentrale in Macau. Nach der Rückkehr Macaus, so Wang Qiren, habe die dortige Bevölkerung eine noch nie dagewesene geistige Haltung, sein eigener Herr zu sein, und Schaffensfreude gezeigt. „Wir sind fest davon überzeugt, dass sich Macau - mit dem Vaterland als Schutzherrn, der aktiven Administration der SVR-Regierung, dem unaufhaltsamen Vorwärtstreben der Macauer sowie der umfassenden Kooperation des Binnenlands mit Macau - ganz sicher stabil entwickeln und mit dem Binnenland des Vaterlands die gemeinsame Prosperität realisieren kann.“
- Es soll die Taiwan berührenden Angelegenheiten erledigen und „die vollständige Wiedervereinigung des Vaterlandes“ fördern. Nach der Rückkehr Macaus [den Kurs] „Ein Land, zwei Systeme“ in die Praxis umzusetzen hat für Taiwan Modellfunktion. Macau und Taiwan unterhalten umfassende, enge Beziehungen. Macau hat beim nichtstaatlichen Handel zwischen dem Binnenland und Taiwan sowie beim Personenverkehr eine einzigartige Funktion. Diese Funktion richtig zur Geltung zu bringen kann ein gebührender Beitrag für „die Vollendung der großartigen Sache der Wiedervereinigung des Vaterlandes“ sein.
- Es muss strikt das Grundgesetz und die lokalen Gesetze befolgen. (RMRB, 19.1.00)

Die Nachrichtenagentur Xinhua selbst definierte die Verantwortlichkeiten für das Verbindungsbüro in Macau (wie auch in Hongkong) wie folgt:

- Kontaktpflege mit dem Büro des Bevollmächtigten des chinesischen Außenministeriums in der SVR und den in der SVR stationierten Garnisonstruppen;
- Kontaktpflege mit vom Festland finanzierten Unternehmen, die in der SVR tätig sind, und Unterstützung der betreffenden Abteilungen bei der Führung dieser Unternehmen;
- Förderung von Kooperation und Austausch zwischen SVR und Festland auf zahlreichen Gebieten wie Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport; Pflege der Beziehungen mit Personen aus allen Schichten in der SVR; Verstärkung des Austauschs zwischen Festland und SVR; Sammlung von Meinungen der SVR-Bewohner über das Festland;
- Regelung relevanter, Taiwan betreffender Angelegenheiten und
- Befassung mit anderen von der Zentralregierung gestellten Aufgaben. (XNA, 18.1.00)

Die Nachrichtenabteilung - die Abteilung der alten Xinhua-Zweigstelle in Macau, die sich mit Berichterstattung und Herausgabe von Nachrichten befasste - wurde in „SVRM-Büro der Nachrichtenagentur Xinhua“ umbenannt. Das Büro wurde formell ebenfalls am 18. Januar eröffnet; sein Sitz ist das Zhu-Kuan-Gebäude. Der Direktor der Nachrichtenagentur Xinhua, Guo Chaoren, ernannte den bisherigen Leiter der Nachrichtenabteilung, Chen Boliang, zum Direktor des Macau-Büros. Chen ist auch Direktor des Xinhua-Büros für auswärtige Angelegenheiten gewesen. (XNA, 18./19.1.00) -ljk-

### 39 Entrüstung über die Stiftung des früheren Gouverneurs Vieira

Schon im ersten Monat ihrer Rückgabe an China hat die ehemalige portugiesische Enklave ihren großen Skandal. Empörung und Proteste bei lokalen Führern und der Presse Macaus hervorgerufen haben Meldungen, dass der letzte Gouverneur Macaus, General Vasco Rocha Vieira, 50 Mio. Macau Patacas (MPtc) aus einer Macauer Stiftung in eine neue Stiftung in Lissabon transferiert haben soll. Nach ei-